Nr. 3 | 3. September 2021

AZB / 6442 Gersau / Post CH AG

FDP
Die Liberalen

13. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

SCHWYZER FREISINN

Gemeinsam weiterkommen.

Altersvorsorge & Gesundheit

Die FDP hat neue Ziele und Forderungen zu den Themenbereichen Altersvorsorge und Gesundheit erarbeitet. Beteiligt war auch Nationalrat Andri Silberschmidt. Er erklärt, wie die Positionen nun ins Parlament gebracht werden können.
Seiten 6 und 7

Intensiver Sommer für die Jungfreisinnigen

Nach langen Monaten des Unterschriftensammelns reichten die Jungfreisinnigen im Juli die Renteninitiative ein. Damit liegt ein konkreter Vorschlag auf dem Tisch, wie die Renten künftiger Generationen gesichert werden können. Zudem führten die Jungfreisinnigen in Bern im Beisein von alt Bundesrat Pascal Couchpin einen ausserordentlichen Kongress durch. Im September treffen sie sich in Locarno.
Seiten 12 und 13

Bedeutende Herbstsession

Am 13. September beginnt die Herbstsession der eidgenössischen Räte. Für die FDP-Fraktion stehen insbesondere Geschäfte der Altersvorsorge, Europapolitik und des Klimaschutzes im Zentrum. Ebenso wie zahlreiche wirtschaftspolitische Geschäfte, die in den nächsten Wochen in den beiden Kammern beraten werden.
Seite 17

Karin Keller-Sutter im Interview

Die Ehe für alle ist für die Bundesrätin eine «liberale Kernforderung».
Seite 19

Gemeinden wie Arth werden mit der Gesetzesänderung entlastet.

Gemeinden entlasten – Ja zum EL-Gesetz

Die Vorlage im Kontext

Die Delegierten folgten im Juli in Küssnacht nach intensiver Debatte dem Kantonsrat und fassten die Ja-Parole für die Gesetzesvorlage über die Ergänzungsleistungen. Worum geht es?

Am 26. September steht die Änderung des kantonalen Gesetzes über die Ergänzungsleistungen (EL) zur Abstimmung. Aufgrund der EL-Reform auf Stufe Bund sollen in Zukunft die Pflegekosten vorrangig durch die Pflegefinanzierung und nicht mehr durch die EL abgegolten werden. Das hat eine hohe Zusatzbelastung der Gemeinden zur Folge. Während die Kosten für die EL bisher zu 50% vom Kanton mitgetragen wurden, geht die Pflegefinanzierung vollumfänglich zulasten der Gemeinden. Der Nachvollzug der Änderung der Vorrangigkeit ist weitgehend unbestritten. Die Lastenverteilung dagegen umso mehr, geht es doch um rund 60 Mio. Franken, welche heute für die EL aufgewendet werden. Und mit der Diskussion der Lastenverteilung wird mit dieser Vorlage auch der innerkantonale Finanzausgleich zum Thema.
Weiter auf Seite 3

Impressum: **Herausgeberin/Redaktion/Inserate:** FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern, T: 031 320 35 35, F: 031 320 35 00, E: info@fdp.ch, www.fdp.ch. **Kantonalteil:** Nathalie Henseler, FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz, Stückistrasse 12, 6442 Gersau, freisinn@fdp-sz.ch, www.fdp-sz.ch.
Layout: CH Regionalmedien AG, www.chregionalmedien.ch. **Druck:** CH Media Print AG, www.chmediaprint.ch

Inhalt

3–5 Schwyzer Freisinn

6/7 Ziele und Forderungen zu Altersvorsorge & Gesundheit

8/9 Petra Gössi blickt auf ihre Amtszeit zurück

10 FDP Service Public will höhere Stimmbeteiligung

11 FDP Frauen zeigen Vorteile der Individualbesteuerung auf

12 Jungfreisinnige treffen sich wieder persönlich

13 Renteninitiative ist eingereicht

14/15 Rückblick auf die DV in Martigny

16 Aus dem Archiv

17 Vorschau auf die Herbstsession

18 Damian Müller kämpft gegen die 99%-Initiative

19 Bundesrätin Karin Keller-Sutter im Interview

20 Innovative Unternehmen: Lehner Versand

21 Gastbeitrag von Arbela Statovci

22 Praktikanten-Blog von Philipp Gasser

23 Vermischtes

Ja zur Individualbesteuerung: Jetzt Initiative unterschreiben!

Mit geeinten Kräften vorwärts

Herzlichen Dank für Ihr Engagement!

Liebe Freisinnige

In den letzten Monaten haben mich zahlreiche Zuschriften zu meinem bevorstehenden Rücktritt als Parteipräsidentin erreicht. Ihre wohlwollenden Worte haben mich überwältigt und sehr berührt. Ich möchte Ihnen auf diesem Weg nochmals von ganzem Herzen danken für Ihren Zuspruch und Ihre Unterstützung. Nur dank Ihnen und Ihrem Einsatz zugunsten unserer Partei kann sich die FDP weiterhin für liberale Lösungen einsetzen.

Ihre Stimme zählt!

Es braucht heute wie morgen einen starken Freisinn, der unser Erfolgsmodell Schweiz und unsere liberale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verteidigt und weiterentwickelt. Die bevorstehende Abstimmung zur 99%-Initiative ist ein erneuter Frontalangriff der Linken auf unseren Wohlstand. Mit einem Nein am 26. September können wir dafür sorgen, dieses drohende Unheil abzuwenden.

Liberalismus bedeutet für uns Freisinnige auch, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Am nächsten Abstimmungssonntag können wir mit einem Ja zur «Ehe für alle» einen wichtigen Schritt zugunsten der freien Lebensgestaltung machen. Mehr zu den beiden Abstimmungsvorlagen finden Sie auf den Seiten 8, 18 und 19.

Aufbruchstimmung in unserer Partei

Ihre Stimme zählt jedoch nicht nur bei den Volksabstimmungen, sondern auch innerhalb unserer Partei. Als Parteipräsidentin war es mir deshalb stets ein Anliegen, Sie direkt in die parteipolitischen Prozesse einzubinden. Es war eine Freude zu sehen, wie Sie sich bei den Mitgliederumfragen in den letzten zwei Jahren eingebracht und intensiv an der Basisarbeit beteiligt haben. Es zeigt, dass wir Freisinnigen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und Lösungen «bottom-up» zu erarbeiten.

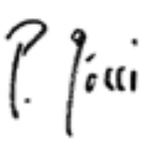
Deswegen macht mich auch das beherzte Engagement unserer Sektionen und Kantone stolz. Während die Jungfreisinnigen mit der Einreichung der Renteninitiative bereits einen historischen Meilenstein erreicht haben, sind die FDP Frauen mit der Initiative zur Individualbesteuerung auf bestem Weg dorthin.

Vielfalt als Chance nutzen

Es stimmt mich optimistisch und zuversichtlich, wie leidenschaftlich sich die Freisinnigen für liberale Lösungen engagieren. Dies erachte ich als Grundvoraussetzung für den Erfolg unserer Partei und unseres Landes. Die Vielfalt und der Ideenwettbewerb sind der Motor für Innovation und Fortschritt. Im Rückblick auf meine Zeit als Parteipräsidentin (auf den Seiten 8 und 9) erachte ich denn auch den Kontakt mit den vielen Menschen und die Gespräche über liberale Ideen und Visionen als eine der schönsten Bereicherungen in diesem Amt.

Unsere Partei lebt von einer angeregten Diskussionskultur. Sie setzt die Impulse für die Erarbeitung von zukunfts- und mehrheitsfähigen Lösungen. Wir sind stark, wenn wir diese Energie zugunsten gemeinsamer Ziele bündeln. Lassen Sie uns diese Chance auch künftig gemeinsam anpacken und unsere liberale Zukunftsvision für die Schweiz umsetzen.

Nochmals ein herzliches Dankeschön
und herzliche Grüsse



Ihre Petra Gössi
Präsidentin FDP.Die Liberalen Schweiz

Gesetzesänderung Ergänzungsleistungen

Kantonale Abstimmung

Der Kanton hat sich bisher zur Hälfte an den Kosten der Ergänzungsleistungen (EL) beteiligt. Neu wollte sich die Regierung in Zukunft mit 70 % an den Kosten beteiligen, um die Mehrkosten der Gemeinden bei der Pflegefinanzierung zu kompensieren. Unter dem Strich bliebe die Verteilung der Belastung nach Berechnungen der Regierung so in etwa gleich.

In der Vernehmlassung sprachen sich dann aber sämtliche Parteien, Gemeinden und Bezirke gegen diesen neuen Verteilschlüssel aus und fordern eine Übernahme der gesamten Kosten durch den Kanton. Ebenso hat sich die zuständige Staatswirtschaftskommission gegen den Vorschlag der Regierung gestellt und die komplette Streichung der Gemeindebeiträge an die EL beantragt. Dabei standen drei Argumente im Zentrum:

– Mit Verweis auf das Äquivalenzprinzip wird eine Beteiligung der Gemeinden an den Aufwendungen für die EL grundsätzlich hinterfragt. Die Gemeinden hätten keine Möglichkeiten, die Höhe der EL zu beeinflussen. Die Bedarfsplanung, die Standards der Pflegeheime sowie auch die maximal verrechenbaren Kosten würden durch den Kanton festgelegt.
– Zweitens sei der vorgeschlagene Ausgleich zwar aktuell einigermassen angemessen. Im Vergleich zu den EL würden jedoch die Kosten für die Pflegefinanzierung, welche vollständig zulasten der Gemeinde gehen, stärker ansteigen. Der Vorschlag der Regierung würde die Gemeinden durch die Dynamik bei der Pflegefinanzierung in Zukunft stärker belasten.
– Schliesslich führt die Staatswirtschaftskommission noch ein übergeordnetes finanzpolitisches Ziel ins Feld: Die Verkleinerung der innerkantonalen Steuerdisparität. Mit der Kantonalisierung der EL-Kosten könnte eine spürbare Entlastung der finanzschwächeren Gemeinden erreicht werden.

«Finanzen 2020» ohne Transferzahlungen

Das Problem der Steuerfussdisparität beschäftigt die Schwyzer Politik seit vielen Jahren. Die Regierung hat mit dem Grundlagensammelband «Finanzen 2020» im letzten Jahr eine Auslegeordnung des Schwyzer Finanzhaushalts präsentiert. Dabei wurde auch eine umfassende Analyse des innerkantonalen Finanzausgleichs vorgenommen und ein Reformkonzept mit externen Experten entwickelt. Der sogenannte «indirekte Finanzausgleich», welcher die Transferzahlungen zwischen Kanton und Gemeinden betrifft, wurde aber explizit vom Reformkonzept ausgenommen.

Die Staatswirtschaftskommission hat bereits mit der Einreichung der Kommissionsmotion zum Innerkantonalen Finanzausgleich (IFA) letzten Herbst dem Kantonsrat beantragt, auch diese vertikalen Transferzahlungen im Rahmen des sogenannten «indirekten Finanzausgleichs» zwischen dem Kanton und den Gemeinden zu überprüfen. Dazu gehört die Mitbeteiligung der Gemeinden an der Finanzierung der EL.

Im Kern geht es darum, dass mit der Kantonalisierung der EL die Kosten nicht mehr pro Kopf den Gemeinden belastet werden, sondern nach Steuerkraft über die ordentlichen Kantonssteuern. Damit würden die finanzschwächeren Gemeinden verhältnismässig stärker entlastet.

Grosser Druck der Soziallasten

Der Druck der Soziallasten steigt in einigen grossen finanzschwächeren Gemeinden auf ein inzwischen schwer erträgliches Mass. «Insbesondere beim indirekten Soziallastenausgleich hätten gewisse Gemeinden Mühe, diese ohne Steuererhöhungen zu finanzieren», schreibt denn auch Martin Wipfli (FDP), Präsident des vszgb und Gemeindepräsident Feusisberg im Jahresbericht des vszgb.

Mit der Übernahme der gesamten Kosten der Ergänzungsleistungen durch den Kanton werden alle – aber insbesondere die finanzschwächeren – Gemeinden auf einen Schlag entlastet. Ein Rechenbeispiel: In der Gemeinde Wollerau entspricht die Übernahme der Ergänzungsleistungskosten durch den Kanton einer Entastung um 3 Prozentpunkte einer Steuereinheit. In der Gemeinde Arth entspricht es ganze 11 Prozentpunkte – also eine fast viermal so hohe Entlastung. «Damit erhalten die Gemeinden die Möglichkeit, flexibel zu bleiben und ihren Steuerfuss zu senken», sagt Kantonsrat Heinz Theiler, der die Finanzgruppe der kantonalen FDP leitet. «Der innerkantonale Finanzausgleich ist sowohl in unserer Finanzgruppe als auch in der Stawiko schon lange ein Thema. Weil die Regierung dieses Problem nicht mit der nötigen Priorität angepackt hat, schlägt der Kantonsrat nun diese Lösung vor», erklärt er weiter.

Steuersenkung als Ziel

Finanzdirektor Kaspar Michel hielt an der Delegiertenversammlung in Küssnacht dagegen, dass die Gemeinden die Steuerfüsse nicht senken, obwohl sie es könnten. Deswegen müssten sie auch nicht derart stark entlastet werden. Theiler erwiderte, dass auch der Kanton den Steuerfuss nicht gesenkt hat, obwohl das bereits zwei Mal möglich gewesen wäre, notabene eine längst platzierte Forderung der FDP. Auch Fraktionspräsident Ivo Husi (Schwyz) und KR Roger Züger (Schübelbach) zeigten die Situationen in ihren Gemeinden auf und sprachen sich für die Vorteile dieser Gesetzesänderung aus.

Vgl. RRB Nr. 228/2021:
Teilrevision Gesetz über Ergänzungsleistungen

Nathalie Henseler
Redaktion Schwyzer Freisinn

AGENDA

10. September
Quo vadis Schweiz und Europa?
Podiumsdiskussion nach dem Scheitern
des Rahmenabkommens.
FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

18. September
Herbstanlass FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

24. September
Herbstanlass FDP Gemeinde Schwyz

30. September
Delegiertenversammlung
FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz in Einsiedeln

15. November
Ortsparteipräsidentenkonferenz
FDP. Die Liberalen Kanton Schwyz

9. Dezember
Delegiertenversammlung
FDP.Die Liberalen Kanton Schwyz

Weitere Veranstaltungshinweise finden Sie auf den Websites der Ortsparteien. Aufgrund der aktuellen Situation sind die Veranstaltungstermine vorbehältlich. Aktuelles entnehmen sie der Website: www.fdp-sz.ch

In ihrer Freizeit geht Gerda Weber gerne wandern.

Drei Fragen an …

Gerda Weber

Die 57-Jährige arbeitet als Kauffrau bei der Wellpack AG in Einsiedeln und ist Ortsparteipräsidentin Feusisberg

Was machst du am liebsten in der Freizeit? An den Wochenenden gehe ich gerne wandern, ab und zu bin ich mit dem Mountainbike unterwegs, ohne Motor ;-). Gut erholen kann ich mich im Sommer zum Beispiel beim Stand-up-Paddeln, habe ich in den letzten Jahren entdeckt, macht viel Spass. Ich turne, mehr oder weniger regelmässig in der Frauenriege Schindellegi mit. Wenn eine anstrengende Woche vorüber ist, kann es auch einen faulen Sonntag geben mit Musik hören oder lesen.

Was kochst du am liebsten? Ich gebe es zu, Kochen ist nicht meine liebste Beschäftigung. Ich weiss jedoch sehr wohl gutes Essen zu geniessen.

Welche Musik hörst du am liebsten? Das breite Spektrum von Funk, sehr gerne auch Britpop und gute Rockmusik darf es manchmal auch sein. Ich gehe sehr gerne an Musikkonzerte oder Festivals, da entdeckt man oft interessante Bands.

Quo vadis Schweiz und Europa nach dem Scheitern des Rahmenabkommens?

Die Schweiz ist als offene und international verknüpfte Volkswirtschaft angewiesen auf gute Beziehungen zu unseren Nachbarn. Nach dem Beschluss des Bundesrats, das geplante Rahmenabkommen mit der EU zu begraben, stehen wir vor einer ungelösten und nicht unkritischen Situation. Was sind die Gedanken in Bern dazu und welche Möglichkeiten und Widerstände sind zu erwarten? Diese und weitere spannende Fragen diskutieren am 10. September in Brunnen hochkarätige Gäste.

- Oliver Zimmer, Professor of Modern European History, University of Oxford und Autor von «Wer hat Angst vor Tell»
- Damian Müller, Ständerat FDP LU, Präsident der Aussenpolitischen Kommission NR
- Eric Nussbaumer, Nationalrat SP BL, Präsident der Europäischen Bewegung Schweiz
- Marco Sieber, Verwaltungsrat bei SIGA, Steuerungsausschuss Kompass Europa
- Dominik Feusi, Mitglied GL Nebelspalter, Leiter Bundeshausredaktion

Moderiert wird der Anlass durch den bekannten SRF-Wirtschaftsjournalisten Reto Lipp.

Der Anlass findet statt am 10. September 2021, Hotel Waldstätterhof in Brunnen, Zeit: 19 bis ca. 21 Uhr

Das Lieblingsrezept

Gegrilltes Côte de Boeuf mit feinem Salat von René Baggenstos

- Ein feines Rindskotelett aus der Region
- Salat nach Lust und Laune
- Gemüse
- 1 bis 3 gekühlte Biere

Zwei Stunden vor dem Grillieren das Fleisch aus dem Kühlschrank nehmen und mit etwas Pfeffer würzen (kein Salz, trocknet das Fleisch aus), einen Rosmarinzweig drauflegen, in Alufolie einwickeln. Den Salat nach Lust und Laune mit den verschiedensten Zutaten zubereiten: Grüner Salat, Mais, Tomaten, Gurken etc. am Schluss kommen bei mir immer Sonnenblumen- und Kürbiskerne sowie Mandelsplitter rein und gesottene Eier.

Feuer machen: Der ideale «Anbratzeitpunkt» für das Fleisch ist, wenn das Feuer so heiss ist, dass ich meine Hand gerade so 2 Sekunden hinhalten kann. Dank einer Alufolie tropft das Fett nicht ins Feuer und so gibt es keine unerwünschten Flammen.

Nach kurzem zweiminütigem Anbraten auf allen Seiten nehme ich das Fleisch wieder weg. Erst wenn ich die Hand rund 10 Sekunden hinhalten kann, ist die Glut kühl genug, um mit dem Garen zu beginnen. Nach zirka 10 Minuten garen auf beiden Seiten, dürfte das Fleisch gut sein. Ein einfacher Trick, dies festzustellen, ist der «Handballentest». Wenn das Fleisch ungefähr denselben Widerstand auf Druck aufweist, wie meine Handballen, ist es perfekt! Nun verziere ich es noch mit etwas Rosmarin und verzichte auf weiteres Würzen da ich den Eigengeschmack von Rindfleisch sehr schätze, aber dies ist natürlich Geschmacksache.

ACHTUNG: Ein geöffnetes Bier soll als Sicherheitselement in einer Hand gehalten werden. Bei diesem harten Männerjob kann es zu äusseren oder inneren Verbrennungen kommen, und diese müssen möglichst schnell gelöscht und gekühlt werden!

E Guetä!

Alt Kantonsratspräsident René Baggenstos wurde von Kantonalpräsidentin Marlene Müller für sein souverän gemeistertes Jahr als höchster Schwyzer gewürdigt.
Bild: Nadja Camenzind

99%-Initiative ist bei den Liberalen chancenlos

Delegiertenversammlung Küssnacht

49 FDP-Delegierte trafen sich am Donnerstagabend zur DV in Küssnacht. Dabei sagen die Liberalen mit grossem Mehr Ja zur «Ehe für alle». Keine einzige Stimme gab es hingegen für die 99%-Initiative.

FDP-Kantonalpräsidentin Marlene Müller (Wollerau) war sichtlich froh, endlich wieder eine physische Delegiertenversammlung abhalten zu können. Dann noch bei der renommierten Firma Isenschmid im Küssnachter Fänn, die heute von FDP-Ortsparteipräsident Severin Isenschmid geleitet wird. Auch dieser freute sich in doppelter Funktion, 49 Delegierte aus dem ganzen Kanton begrüssen zu dürfen.

Nicht gleicher Meinung wie Regierung

Drei Parolen galt es zu fassen. Am meisten zu Reden gab das kantonale Gesetz über die Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, das FDP-Kantonsrat Sepp Marty aus Unteriberg vorstellte. Die beiden FDP-Regierungsräte Petra Steimen (Wollerau) und Kaspar Michel (Rickenbach) äusserten sich gegen die Gesetzesänderung. Sepp Marty wiederum erhielt Unterstützung von seinen liberalen Ratskollegen Heinz Theiler (Goldau), Ivo Husi (Ibach) und Roger Züger (Schübelbach), die sich für die Gesetzesänderung aussprachen. Vor allem auch, weil sich die Gemeinden wie auch die Staatswirtschaftskommission bei der Vernehmlassung für die Gesetzesänderung ausgesprochen haben. Zentrales Argument gegen die regierungsrätliche Alternative war, dass so die Gemeindebudgets von nicht beeinflussbaren Sozialleistungen entbunden werden können. «Das ist vor allem für Gemeinden mit hohen Zentrumslasten wichtig», so Sepp Marty. Ob dadurch in den Gemeinden der Steuerfuss gesenkt werde, wird jedoch auch in liberalen Kreisen bezweifelt. Letztendlich fassten die FDP-Delegierten mit 28 zu 17 (4 Enthaltungen) die Ja-Parole.

Auch im Sinne der Akzeptanz

«Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» heisst das im Volksmund als 99%-Initiative bekannte Anliegen der Jungsozialisten. FDP-Kantonsrat Heinz Theilers Argumente waren klar und deutlich. Die jungen Linken wollen eine neue Steuer einführen, die letztendlich breite Kreise wie zum Beispiel KMU, Eigenheimbesitzer, Landwirte oder Kleinanleger massiv treffen würde. «Hinzu kommt, dass es hierfür gar keinen Handlungsbedarf gibt», erklärte Heinz Theiler. «Wir haben wohl weltweit eines der fairsten Steuersysteme und mit der Vermögenssteuer wird bei uns auch das Kapital versteuert.» Das überzeugte alle in der Isenschmid-Werkhalle und das Verdikt gegen die 99%-Initiative fiel mit 49:0 einstimmig aus. Zum Schluss stand noch die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches «Ehe für alle» an, die der Schübelbacher FDP-Kantonsrat Roger Züger vorstellte. Mit der Gleichstellung der Paare, einem besseren Schutz für Familien und deren Kinder sowie der besseren Akzeptanz gegenüber LGBT-Personen überwogen die Pro-Argumente deutlich gegenüber den kritischen Stimmen. So fassten die Liberalen mit 41:3 bei einer Enthaltung überaus deutlich die Ja-Parole. Zum Schluss der DV informierte FDP-Fraktionspräsident Ivo Husi über die «Päckli-Initiative» und Petra Gössi äusserte sich zur Sommersession in Bern. Abgeschlossen wurde der Abend gesellig bei den grosszügigen Gastgebern der Familie Isenschmid.

Roger Bürgler

Es herrscht Handlungsbedarf

Enkeltaugliche Lösungen für Altersvorsorge und Gesundheit

Im Nachgang zur grossangelegten Mitgliederbefragung hat die FDP Ziele und Forderungen für die Themenbereiche Altersvorsorge & Gesundheit erarbeitet. Die Positionen zeigen auf, was es braucht, damit künftige Generationen von gesicherten Renten und einem leistungsfähigen Gesundheitswesen profitieren können.

Die Themen Altersvorsorge und Gesundheit nehmen in Sorgenbarometern der Schweizerinnen und Schweizer regelmässig Spitzenplätze ein. Auch die Mitgliederbefragung, die die FDP im letzten Jahr durchführte, befasste sich mit diesen Themenbereichen. Die zahlreichen Inputs wurden aufgenommen und in Arbeitsgruppen diskutiert. Als erstes Resultat veröffentlichte die FDP diesen Sommer eine Broschüre mit Zielen und Forderungen. Damit zeigen wir auf, wie auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von gesicherten Sozialwerken und einem hochwertigen Gesundheitswesen profitieren können. Das Drei-Säulen-System in der Altersvorsorge ist weltweit einzigartig und eine grosse Errungenschaft der Schweiz. Allerdings hat die Altersvorsorge unbestritten Reformbedarf.

Ziele der FDP

- Flexibles Vorsorgesystem: Starre Systeme gehören der Vergangenheit an.
- Die Nachhaltigkeit der Finanzierung muss im Zentrum stehen. Bei der Anlagepolitik in der Altersvorsorge werden auch ökologische Nachhaltigkeitsaspekte beachtet.
- Schrittweise Abschaffung der Quersubventionierungen von Jung zu Alt in der beruflichen Vorsorge. Für Junge soll dies ab Eintritt stattfinden.
- Ausgewogenheit: Die Arbeit darf nicht übermässig verteuert werden. Es braucht ausgewogene Massnahmen auf der Beitrags- und der Leistungsseite. Soziale Nachhaltigkeit erfordert insbesondere auch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung.

Mittelfristige Forderungen

- Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Es wird auf die verschiedenen Arbeitsrealitäten in der 1. und 2. Säule Rücksicht genommen.
- BVG: Liechtensteiner Modell als möglicher Weg, mit keinem politisch beeinflussbaren Mindestumwandlungssatz oder Mindestzins, dafür einem Auftrag an die Vorsorgeeinrichtungen, prioritär für die Erreichung des verfassungsmässigen Ziels zu sorgen. Die Politik legt das Ziel fest, die Sozialpartner sind für die Umsetzung verantwortlich.
- Freie Wahl der Pensionskasse, unter Einbezug des Arbeitgebers. Der Versicherte darf verstärkt – nämlich nicht nur über die Stiftungsräte seiner Pensionskasse, sondern auch als Einzelperson – bei der Anlagepolitik mitreden. Er ist zum Sparen gezwungen und sollte somit auch mitentscheiden können.
- Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen.
- Einheitliche Beitragssätze für alle Generationen, um die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmenden nicht zu untergraben. Harmonisierung der Zugangsbedingungen zu BVG und AHV.
- Keine neuen Umverteilungsinstrumente zulasten der Jungen.
- Neue Wege für die 3. Säule: Im Zentrum sollen dabei nicht nur Steuervorteile stehen.

Langfristige Forderung

- Einführung einer zivilstandsunabhängigen Altersvorsorge, als Antwort auf die Sorgen der Frauen bzgl. Absicherung und als Antwort auf die gesellschaftlichen Entwicklungen. Das Rentensystem muss sich an der Geschlechtergleichheit und der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen ausrichten. Die Gesundheitsversorgung ist in der Schweiz von sehr hoher Qualität. Das hat die Corona-Krise deutlich gezeigt. Es ist die Aufgabe unserer Generation, dafür zu sorgen, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch von denselben – im internationalen Vergleich führenden – Qualitätsstandards im Gesundheitswesen profitieren können. Ziele der FDP
- Weg von der Kostenperspektive hin zu einer Preis-Leistungs-Disskussion. Dazu braucht es den Erhalt der Wahlfreiheiten bzgl. Leistungserbringer und Versicherer sowie mehr nutzenorientierten Wettbewerb dank mehr Qualitätstransparenz.
- Bekämpfung der Nationalisierungstendenzen im Gesundheitswesen. Das föderale System im Gesundheitswesen wird unterstützt und gestärkt. Die bei der Einführung des KVG 1996 vorgesehenen Wettbewerbselemente müssen beibehalten bzw. wiederhergestellt werden.
- Verstärkung der überregionalen Zusammenarbeit von Spitälern. Zentralisierung nur dort, wo dadurch die Qualität verbessert werden kann. Überangebote werden abgebaut.
- Förderung der individuellen Verantwortung für Gesundheit und Gesundheitsvorsorge.

Mittelfristige Forderungen

- Die den Tarifpartnern gewährte Freiheit muss erhalten bleiben, um Innovationen zu fördern. Keine Stärkung der Macht der Verwaltung. Anstatt die ambulante und stationäre medizinische Versorgung immer detaillierter zu planen, soll sich der Staat auf Massnahmen beschränken, welche die Versorgungssicherheit dort gewährleistet, wo der regulierte Wettbewerb gemäss KVG diese nicht sicherstellt.
- Stärkung der Transparenz: Der Arzt muss über die Kosten informieren. Es braucht verlässliche Qualitätsindikatoren für die Leistungen.
- Spitalplanung überdenken und Synergien zwischen öffentlichem und privatem Sektor besser nutzen. Die kantonale Logik verlassen, um auf regionaler Ebene zusammenzuarbeiten. Wettbewerb zwischen Spitälern auf Basis einheitlicher Qualitätskriterien, deren effektive Einhaltung kontrolliert wird. Eine Strukturerhaltung über kantonale Subventionen («gemeinwirtschaftliche Leistungen») wird vehement bekämpft. Die Zuständigkeiten werden geklärt und die Sicherstellung der Versorgung erfolgt zunehmend von den Kantonsgrenzen losgelöst.
- Digitalisierung im Gesundheitswesen vorantreiben. Der Bund legt die Rahmenbedingungen für eine sichere und einheitliche Dateninfrastruktur fest, definiert technische Standards und Transparenzanforderungen und garantiert Akteuren den Zugang und der Bevölkerung die Hoheit über ihre Daten. Gesundheitsdaten werden für Qualitätsverbesserungen genutzt und entsprechend erhoben. Das Thema Cyber Security im Gesundheitswesen wird sorgfältig angepackt.
- 3.-Säule-Gelder können privilegiert für das individuelle Sparen für die Pflege im Alter verwendet werden.
- Weg vom Numerus clausus: Die Zulassung zur medizinischen Ausbildung junger Menschen in der Schweiz wird neu geregelt.

Langfristige Forderungen

- Verlassen des derzeitigen Systems, das zu sehr auf «Silodenken» ausgerichtet ist, und den Patienten/die Patientin wieder in den Mittelpunkt stellen. Ob eine Leistung von einem/r Arzt/Ärztin, Apotheker/in oder einer Pflegefachkraft erbracht wird, sollte nicht mehr die zentrale Frage sein. Die Qualität der Dienstleistungen bleibt kontrolliert und garantiert.
- Einführung eines ergebnisbasierten Vergütungssystems. Dabei muss die Wirtschaftlichkeit der Vergütung bewiesen und gesteigert werden.

«Unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an.»

Andri Silberschmidt
Nationalrat

Nachgefragt bei Nationalrat Andri Silberschmidt

Wie gelang es, die Antworten aus der Mitglieder-Befragung in griffige Forderungen und Ziele zu verpacken? Die Antworten zur Altersvorsorge waren relativ klar, weshalb es ein Einfaches war, daraus konkrete Forderungen abzuleiten. Etwas intensivere Diskussionen erforderten die Antworten zur Gesundheit: Es gab keine klaren Mehrheiten für oder gegen gewisse Reformen, was es erschwerte, konkrete Ziele zu formulieren. Der Arbeitsgruppe war es aber wichtig, die Altersvorsorge nachhaltig zu finanzieren und die Qualität unseres Gesundheitswesens zu erhalten. Am Ende gelang es uns, jeweils acht Forderungen zu formulieren, welche sowohl die Altersvorsorge als auch das Gesundheitswesen enkeltauglich machen sollen.

Reformen in der Altersvorsorge sind kaum umsetzbar. Wie können die Forderungen und Ziele der FDP einen Beitrag leisten? Anders als die linken Enteignungsträume – erst kürzlich meinte Grünen-Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber in einem Streitgespräch mit mir, sie wolle das BVG in die AHV überführen – präsentiert die FDP realistische Reformvorschläge, welche unsere Altersvorsorge nachhaltig sichern. Denn unternehmen wir nichts, häuft sich bis 2045 ein AHV-Schuldenberg von 200 Mrd. Franken an und die systemfremde Umverteilung im BVG geht weiter.

Im Gesundheitswesen schmerzen insbesondere die Prämienkosten. Wie können die Forderungen der FDP diesem Problem entgegenwirken? Zentral ist die konsequente Digitalisierung des Gesundheitswesen diesbezüglich ist die Schweiz heute ein Entwicklungsland. Mit einer flächendeckenden und einheitlichen Dateninfrastruktur sollen sich die einzelnen Leistungserbringer digital vernetzen können, was die Effizienz steigern und die Kosten bei besserer Qualität senken soll.

Die Broschüre «Altersvorsorge & Gesundheit» bietet eine gute Übersicht über die FDP-Positionen. Wie können diese nun im Parlament umgesetzt werden? Die Broschüre ist ein klarer Auftrag und enthält konkrete Forderungen, die nun durch uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier ins Parlament getragen werden müssen. Dort gilt es, breit abgestützte Vorstösse zu lancieren, Mehrheiten zu bilden und so das Ziel einer nachhaltig finanzierten Altersvorsorge sowie eines patientenorientierten Gesundheitssystems zu erreichen.

FDP-Präsidentin Petra Gössi spricht an der DV in Martigny zu den Delegierten.

«Persönliche Begegnungen waren mir am liebsten»

Petra Gössi blickt zurück

Am 2. Oktober wählen die Delegierten die Nachfolge von Parteipräsidentin Petra Gössi. Im Interview spricht sie über die Freuden und Entbehrungen des Amtes und weshalb die freisinnige Debattenkultur positiv ist.

Im April 2016 wurdest du zur FDP-Präsidentin gewählt. Mit welchen Erwartungen und Zielen hast du das Amt angetreten? Ich wollte gestalten und gemeinsam mit den Mitgliedern unsere Ziele erreichen. Wichtig war mir auch der rege Austausch mit der Basis, wobei ich viele Rückmeldungen erhielt. Wir konnten zweimal die Meinung der Basis in Befragungen abholen, was mir ein grosses Anliegen war. Ich wünsche mir auch, dass dieser Austausch weiter besteht. Meines Erachtens diskutieren wir wieder intensiver über Themen. Es gab lebendige Delegiertenversammlungen mit Anträgen und Debatten. Das zeigte sich auch in der Umweltpolitik. Die Partei lebt von solchen Diskussionen.

Was konntest du nicht wie gewünscht umsetzen? Eine tragfähige Reform der Altersvorsorge liess sich bis jetzt leider nicht umsetzen. Aus meiner Sicht ist die Altersvorsorge eines der dringendsten Themen und ich freue mich, dass mit der Renteninitiative der Jungfreisinnigen und den Bestrebungen im Parlament die Thematik an Gewicht gewinnt. Ebenfalls etwas zu kurz gekommen, ist ein umfassendes Sicherheitspapier, auch im Hinblick auf die neuen Kampfflugzeuge. In diesen Fragen muss die FDP ihre Position wieder kerniger markieren.

Welche Aspekte des Amtes haben dich überrascht? Theoretisch weiss man um die zeitliche Beanspruchung, man spürt sie aber erst, wenn man mittendrin steckt. Die ständige Verfügbarkeit für die Medien nimmt viel Zeit in Anspruch. Diese Erfahrungen waren nicht überraschend, aber dennoch intensiv. Positiv überrascht hat mich die Energie, die man im Austausch mit den Leuten erhält. Die unzähligen Begegnungen fand ich super.

Durch Corona fielen diese weitgehend weg, was sehr schade war. Digitale Sitzungen funktionieren für Informationsvermittlung, aber nicht, um etwas voranzutreiben.

Was hat dich bei den vielen persönlichen Begegnungen besonders geprägt? Die Vielfalt der Schweiz zu erleben, war sehr bereichernd. Die vielen Unterschiede, aber auch die Gemeinsamkeiten. Ich habe festgestellt, dass alle Schweizerinnen und Schweizer extrem stolz auf ihren Herkunftsort sind, sei es im Jura, im Tessin oder in Appenzell-Ausserrhoden. Auch die vielen Bräuche, die ich kennenlernen durfte, waren spannend. All diese Treffen und Begegnung waren meine liebsten Aufgaben. Ich bedaure einzig, dass ich immer noch nie an einer Landsgemeinde war.

Das Amt als Parteipräsidentin ist hochintensiv, gleichzeitig gibt es für dich ein berufliches und privates Leben neben der Politik. Wie hat dieser Spagat funktioniert? Das ist eine reine Organisationsfrage. Aber man muss sich bewusst sein, dass wir in einem Milizsystem leben. Mir war es wichtig, dass ich meinen Lebensunterhalt nicht mit der Politik verdiene und meine Unabhängigkeit bewahre. Deshalb ist jetzt nach 5,5 Jahren die Zeit gekommen, das Amt weiterzugeben und mich neu auszurichten. Grundsätzlich ist es aber kein Spagat, wenn man die Dinge gerne tut und sich bewusst dafür entscheidet.

Du hast in den letzten fünf Jahren unzählige Sektionen besucht. Was für eine FDP hast du kennen gelernt? Unsere Parteimitglieder brennen für liberale Ideen und bringen sich gerne ein. Sie wollen abgeholt werden und mitreden. Das war überall deutlich zu spüren. Freisinnige übernehmen Verantwortung, erwarten dies aber auch von anderen. Bei vielen Anlässen fand ein spannender Austausch über Ideen und Visionen, aber auch Alltägliches statt.

Die FDP verfügt über eine ausgeprägte Diskussionskultur. Wie kann diese positiv genutzt werden? Die Medien berichten gerne über parteiinterne Uneinigkeiten. Dies wäre nicht mehr möglich, wenn wir uns auf gemeinsame Regeln verständigen. Konkret, dass Mehrheitsentscheide akzeptiert werden. Im Vorfeld sollen und müssen Debatten stattfinden, das ist keinesfalls eine Schwäche. Ist ein Entscheid aber gefällt, soll er von allen respektiert werden. Schliesslich sind jeweils alle unsere Gremien in die Entscheidungsfindung involviert. Wichtig ist auch, dass unsere Exponenten Entscheide bis auf Stufe Ortsparteien hineintragen und unsere Argumente aufzeigen. Dies müssen wir noch verbessern.

Ist es für die FDP besonders herausfordernd die eigenen Positionen zu verkaufen? Wir vertreten keine Maximalforderungen und versuchen oft, Brücken zu schlagen. Das ist in der Öffentlichkeit schwieriger zu portieren. Deshalb ist es wichtig, dass wir weiterhin auf unsere Kommunikationskanäle setzen, damit unsere Standpunkte bis zu allen Mitgliedern durchdringen. Diese Fähigkeit konnten wir in den letzten Jahren bereits stärken, sie lässt sich aber noch ausbauen.

Der Rücktrittsentscheid wurde insbesondere von zahlreichen Frauen bedauert. Hat dich das überrascht? So deutlich habe ich das nicht wahrgenommen. Aber es überrascht mich nicht, weil wir mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter und mir zwei bekannte Aushängeschilder haben. Frauen brauchen oft Vorbilder und fürchten vielleicht, dass in der FDP nun eine Vorbildfunktion wegfällt. Die FDP ist punkto Frauen aber gut aufgestellt. Wir haben mit Karin Keller-Sutter eine hervorragende Bundesrätin und mit Fanny Noghero eine Generalsekretärin. Das stärkste Signal ist jedoch, wenn Frauen selbstverständlich in Führungspositionen sind. Dann bringen wir auch vermehrt Frauen auf unsere Listen und in Gremien.

Was bedeutet ein neuer Präsident oder eine neue Präsidentin für die Positionen der FDP? Es ist klar, dass meine Nachfolge eine eigene Persönlichkeit mitbringt. Bezüglich der inhaltlichen Positionierung ist es nicht der Präsident oder die Präsidentin, die bestimmen, sondern die Delegierten. Diese ändern nicht und haben die bisherigen Positionen gestützt. Ansonsten wären entsprechende Anträge bereits gekommen. Mir ist wichtig, dass das breite Themenspektrum der FDP bestehen bleibt. Unsere bewährten Kernkompetenzen zu pflegen, heisst nicht, andere Themen zu vernachlässigen.

Was wirst du vermissen? An vorderster Front mitgestalten und der ständige Kontakt mit unseren Mitgliedern.

Was nicht? Die ständige Verfügbarkeit für die Medien. Ich freue mich auf entspannte Wochenenden, an denen ich nicht erreichbar bin.

Am 2. Oktober wird deine Nachfolgerin oder dein Nachfolger gewählt. Welchen Rat gibst du ihr oder ihm? Authentisch und sich selbst bleiben. Sich mit Feuer für die Partei einsetzen und für eigene Überzeugungen kämpfen. Und natürlich eine dicke Haut haben, wenn die Medien Kritik üben. Wichtig ist auch, sich mit einem guten Team zu umgeben.

Was möchtest du der FDP-Familie zum Abschied auf den Weg geben? Jetzt haben wir noch zwei Jahre, um mit vollem Einsatz zu kämpfen. Dann können wir an den eidgenössischen Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir Bereitschaf, aufeinander zuzugehen und gemeinsam für unsere Sache zu kämpfen. Wir haben es selbst in der Hand und können unsere Zukunft gestalten.

Interview: Marco Wölfli

Die Stimmbeteiligung in der Schweiz hat noch Luft nach oben. Foto: iStock/fotoember

Schwarmintelligenz durch höhere Stimmbeteiligung

Kreative Gemeinden sind gefragt

Über viele Abstimmungen entscheidet am Ende der Mobilisierungsgrad. Auch aus staatspolitischer Sicht wäre eine höhere Stimmbeteiligung wünschenswert. Mit innovativen Ansätzen könnte in den Gemeinden einiges erreicht werden.

«Jede Stimme zählt!» – Der Satz wirkt abgedroschen. Gleichwohl handelt es sich nicht um eine Worthülse. Gerade wenn man bedenkt, dass oft mehr als die Hälfte der Stimmbürger von ihrem Recht nicht Gebrauch macht. Dies verleiht der einzelnen Stimme noch mehr Gewicht. Nicht Wechselwähler in der ominösen Mitte geben bei Abstimmungen und Wahlen den Ausschlag, sondern das besser mobilisierte Lager. Bei der Unternehmensverantwortungsinitiative, als städtische Gebiete einem Meer von orangen Fähnchen glichen, führte die bessere Mobilisierung und höhere Motivation der Befürworter zu einem knappen Volksmehr, was durchs Ständemehr wieder korrigiert wurde. Die beiden Agrarinitiativen führten zu einer massiven Gegenmobilisierung auf dem Land, was gleichzeitig das Schicksal des CO_2-Gesetzes besiegelte.

Positive Botschaft statt Mahnfinger

Wer mobilisiert bei der nächsten Abstimmung oder bei den Wahlen 2023 besser? Aus staatspolitischer Sicht ist eine höhere Stimmbeteiligung wünschenswert. Wenn Gruppen von Individuen durch Zusammenarbeit intelligente Entscheidungen treffen, redet man von Kollektiver Intelligenz oder von Schwarmintelligenz. Je mehr Individuen sich an einem Entscheid beteiligen, desto besser wird er. Und die Akzeptanz für den Entscheid wird ebenfalls grösser. Wie soll nun eine höhere Stimmbeteiligung erreicht werden? Eine grossangelegte Kampagne auf Bundesebene, finanziert durch Unsummen an Steuergeldern, entspricht nicht dem föderalistischen Charakter der Schweiz. Auf Gemeindestufe könnte der Schlüssel zur Lösung des Problems zu finden sein. Etliche Gemeinden stellen im Vorfeld von Wahlen- und Abstimmungen Schilder auf, worauf mit erhobenem Mahnfinger auf das bevorstehende Ereignis aufmerksam gemacht wird. Oft stammen die Schilder aus den 80er- oder 90er-Jahren. Der Stimmbürger wird durch sie an seine Bürgerpflichten erinnert, als handelte es sich ums Ausfüllen der Steuererklärung. Hier könnten positivere Botschaften vermittelt werden, z. B. die Erinnerung daran, über welche einzigartigen Rechte die Schweizer Stimmberechtigten verfügen. Rechte dies sei ohne erhobener Mahnfinger gesagt, wofür Menschen in sozialistischen Staaten wie Kuba, Venezuela und Belarus auf der Strasse kämpfen und dabei leider zu oft ihr Leben riskieren. Auch könnten die Schilder um eine digitale Komponente ergänzt werden. Die Gemeinden könnten vermehrt ihre Social-Media-Kanäle nutzen, um den Abstimmungssonntag anzuwerben.

Modernes Steuersystem ist gefragt

Die FDP Service Public appelliert an ihre Mitglieder, die auf Gemeindeebene tätig sind, Ideen zur Erhöhung der Stimmbeteiligung zu entwickeln. Einige Gemeinden sind bereits kreativ. Signau im Emmental veröffentlicht im Vorfeld des Abstimmungssonntags jeweils Zahlen über die momentane Stimmbeteiligung, als eine Art Wasserstandmeldung. Die Statistik wird vom Gemeindeschreiber täglich aktualisiert. Das Wissen, dass die Nachbarn und Vereinskollegen bereits von ihrem Stimmrecht gebraucht gemacht haben, kann Unentschlossene motivieren, es ihnen gleich zu tun.

Etliche Abstimmungsvorlagen werden auf der Zielgeraden entschieden, entscheidend ist die Schlussmobilisierung. Den Abstimmungssonntag als Event zu verstehen, also z. B. die Stimmabgabe an der Urne mit anschliessendem Restaurantbesuch zu kombinieren, kann Spätentschlossene zur Teilnahme motivieren. Den Möglichkeiten sind keine Grenzen gesetzt. Wir vertrauen darauf, dass freisinnig gesinnte Gemeindeschreiber bei der Erhöhung der Stimmbeteiligung mehr Kreativität zeigen als das pflichtschuldige Aufstellen von Schildern mit Mahnfinger.

Daniel Seiler,
Präsident FDP Service Public
www.fdp-servicepublic.ch

Steuermodelle im Vergleich

Individualbesteuerung mit besserem Kosten-Nutzen-Verhältnis

Seit der durch die FDP Frauen forcierten Lancierung der eidgenössischen Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)» im März diesen Jahres, werden vermehrt Vergleiche zwischen der Individualbesteuerung und verschiedenen Splitting-Modellen angestellt. Diese werden auch in der Öffentlichkeit und der Politik kontrovers diskutiert. Eine Studie von Avenir Suisse liefert indes wichtige Antworten auf die Frage nach den Vor- und Nachteilen der jeweiligen Steuersysteme.

Das grösste Problem mit dem heutigen Steuersystem stellen unbestritten die negativen Erwerbsanreize für Zweitverdienerinnen und Zweitverdiener dar. Wird doch mit der heutigen Ehepaarbesteuerung das Einkommen von Ehepaaren und Paaren, welche in eingetragener Partnerschaft leben, gemeinsam besteuert. Dies führt aufgrund der höheren Progressionsstufe in vielen Fällen zu höheren Steuerrechnungen, als wenn individuell besteuert werden würde. Ein Zweitverdienst lohnt sich in solchen Fällen kaum. In Zeiten des Fachkräftemangels ein fragwürdiges Phänomen. Doch lässt sich dieses Problem mit einem Wechsel zur Individualbesteuerung oder zu einem Splitting-Modell beheben? Ja, sagt die Studie von Avenir Suisse – aber in unterschiedlichem Ausmass.

Neue Erwerbsanreize schaffen

Während sowohl die Individualbesteuerung als auch die Splitting-Modelle zu einem tieferen Grenzsteuersatz führen und somit jede zusätzliche Steuereinheit tiefer besteuert wird als bisher, gibt es Unterschiede bei den Auswirkungen auf die effektive Arbeitstätigkeit. Während bei einer Einführung auf Bundesebene je nach Splitting-Modell von einer Erhöhung der Beschäftigung im Ausmass von 6500 (Teilsplitting) bis 12300 (Vollsplitting) Vollzeitäquivalenten ausgegangen wird, wären es bei der reinen Individualbesteuerung rund 17700 und bei der modifizierten Individualbesteuerung gar rund 19400. Das zeigt klar, dass die Individualbesteuerung positivere Erwerbsanreize schafft. Die Folge davon sind einerseits Pensenerhöhungen, andererseits aber auch Neueintritte in den Arbeitsmarkt.

Kosten-Nutzen-Verhältnis variiert stark

Ebenfalls zu berücksichtigen sind die Kosten, welche mit einem Wechsel des Steuersystems einhergehen. Die geschätzten Steuerausfälle reichen von 160 Mio. Franken bei der reinen Individualbesteuerung bis zu 1,38 Mrd. Franken beim Vollsplitting. Somit bestehen hier riesige Unterschiede. Zwar sind die Steuerausfälle aufgrund der zunehmenden Erwerbstätigkeit längerfristig tiefer, doch gerade bei den Splittingsystemen mit bescheidener Beschäftigungswirkung dürfte nur ein kleiner Teil der vergleichsweisen hohen Steuerausfälle ausgeglichen werden. Hingegen fallen bei der Individualbesteuerung indirekte Kosten an, die durch die Verarbeitung von mehr Steuererklärungen entstehen. Die fortschreitende Digitalisierung in der Steuerverwaltung kann hier jedoch Abhilfe schaffen.

Zivilstandsunabhängige Besteuerung ist zeitgemäss

Ein weiterer Vorteil der Individualbesteuerung ist ihre Unabhängigkeit vom Zivilstand. Aus liberaler Sicht ist es zu befürworten, dass die Besteuerung nicht länger vom Zivilstand abhängt und somit eine Gleichbehandlung verschiedener Lebensmodelle erreicht werden kann. Die Splitting-Modelle können diese Gleichbehandlung aufgrund ihrer Ausgestaltung nicht erreichen. Darum setzen wir uns auch weiterhin aus Überzeugung für die Einführung der Individualbesteuerung ein – helfen auch Sie mit!

Ursina Flütsch
Projektleiterin Politik und Medien,
FDP Frauen Schweiz

Studie von Avenir Suisse «Frauenfeindliche Familienbesteuerung – Welche Steuermodelle die Beschäftigung der Frauen fördern», 2020.

Von alt Bundesrat Pascal Couchepin gab es viel Lob für die Renteninitiative.

Rückkehr zu persönlichen Treffen

Im Juli in Bern, im September in Locarno

Nach langer Zeit trafen sich am 17. Juli die Jungfreisinnigen zum ausserordentlichen Kongress endlich wieder physisch im Hotel National in Bern. Die Stimmung war grossartig. Haben wir es doch tatsächlich geschafft und am Tag zuvor die Renteninitiative eingereicht.

Anknüpfend an diesen Erfolg strich auch unser Gast, alt Bundesrat Pascal Couchepin, im Rahmen seiner Ansprache die grosse Bedeutung der Renteninitiative heraus, und zwar wie folgt: «Eure Initiative kommt genau zum richtigen Zeitpunkt. Sie verpflichtet die Entscheidungsträger, die Parteien und das Parlament dazu, sich endlich mit der steigenden Lebenserwartung auseinanderzusetzen. Gleichzeitig führt sie dazu, dass man sich in Bundesbern des Problems des wachsenden Ungleichgewichts zwischen der Anzahl AHV-Rentner und der Anzahl beitragszahlender Personen ernsthaft annimmt.»

Nebst den statutarischen Geschäften hatten wir auch unseren engagierten Mitgliedern zu danken. Die sammelstärksten Sektionen wurden ebenfalls geehrt. Es waren dies Glarus, Luzern und Zürich.

Klare Parolenfassungen

Nach der Mittagspause folgten die Parolenfassungen zur Ehe für alle und der Steuerinitiative der Juso. Die Delegierten sagten klar Ja zur Ehe für alle. Ob schwul oder lesbisch, ob hetero- oder bisexuell – jeder Mensch soll seinen Lebensentwurf verwirklichen können. Für uns sind alle Lebensformen und Lebensgemeinschaften gleich wertvoll. Die Ehe für alle ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare.

Die Steuerinitiative der Juso ist nichts weiteres als Klassenkampf. Die Annahme der sogenannten 99%-Initiative würde eine massiv höhere Steuerlast für Investoren, Unternehmer, Sparer und Gutverdiener bedeuten und der Attraktivität des Standorts Schweiz erheblich schaden. Die Delegierten lehnen dieses gefährliche Experiment aus der sozialistischen Juso-Küche einstimmig ab.

Zahlreiche Jungfreisinnige freuten sich über die persönlichen Treffen in Bern.

Des Weiteren fassten sie die Parole zur ideellen Unterstützung des Referendums gegen das Medienpaket. Private Medien sollen in der Schweiz jedes Jahr rund 100 Millionen Franken erhalten, plus bis zu 52 Millionen Franken zusätzlich aus dem Topf der Radio- und TV-Gebühren. Dies, obwohl der Bund bereits heute private Medien mit 50 Millionen Franken unterstützt. Das geplante Medienpaket ist nicht nur Gift für die Meinungsfreiheit und die Meinungsvielfalt in der Schweiz, sondern unterminiert auch die Stellung der Medien als vierte Gewalt im Staate («Wes Brot ich ess, des Lied ich sing?»). Hinzu kommt, dass für solche Subventionen keine hinreichende Verfassungsgrundlage besteht, namentlich nicht für Online-medien.

Kongress im Tessin

Die Freude, sich wieder physisch treffen zu können, war gross. Und dies ist bereits Ende September wieder der Fall. Am Wochenende des 25. und 26. September 2021 findet der ordentliche Kongress in Locarno statt. Zu den Gästen zählen unter anderem Sergio Ermotti, sowie der ehemalige Vizekanzler Deutschlands Philipp Rösler. Zudem feiern wir das 100-jährige Bestehen der Tessiner Sektion. Es wird wie immer ein äusserst spannendes Politwochenende.

Swen Gaberthüel
Generalsekretär Jungfreisinnige Schweiz

Zahlreiche Jungfreisinnige nahmen an der Unterschriftenübergabe teil.

145 000 Unterschriften für eine sichere AHV

Initiative in Bern eingereicht

620 Tage nach der Lancierung reichten die Jungfreisinnigen die benötigten Unterschriften bei der Bundeskanzlei ein. Dank des gemeinsamen Engagements liegt eine nachhaltige Lösung für eine sichere Altersvorsorge auf dem Tisch.

Obwohl der Sommer 2021 eigentlich genug nass war, sorgten die Jungfreisinnigen im Juli auf der Berner Bundesterrasse für eine zusätzliche grosse Wasserlache. Auslöser war der Schriftzug AHV aus Eis, der fast so schnell schmolz wie die Renten künftiger Generationen. Dieses Szenario wollen die Jungfreisinnigen mit der Renteninitiative verhindern. Die Initiative fordert in einem ersten Schritt gleiches Rentenalter für Frauen wie Männer und schliesslich die Anpassung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

Etwas Symbolik darf nicht fehlen.

Die Debatte wird intensiver

In den letzten Monaten waren zahlreiche Jungfreisinnige, FDP-Mitglieder und Verbündete auf der Strasse unterwegs und sammelten Unterschriften. Schliesslich kamen 145 000 Unterschriften zusammen, die am 16. Juli bei der Bundeskanzlei eingereicht werden konnten. Damit haben die Initianten ein grosses, aber nicht das letzte Ziel erreicht. Die Renteninitiative wird auch die Debatte um AHV21-Reform prägen. Nun ist der Bundesrat am Zug, der zur Renteninitiative Stellung nehmen muss. Wann über das jungfreisinnige Volksbegehren abgestimmt wird, ist noch offen.

Parteipräsidentin Petra Gössi im Gespräch mit den Initianten.

Das Vermögen der AHV schmilzt dahin.

Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, platziert die letzte Kiste.

Nationalrat Andri Silberschmidt unterstützte die Renteninitiative von Beginn an.

Mehr als 200 Delegierte fanden sich in Martigny ein.
Fotos: Désirée Dittes

Wiedersehen in Martigny

Delegierte treffen sich wieder persönlich

Die Freude über den direkten Austausch war bei allen Freisinnigen spürbar. Die Delegierten fassten deutlich die Ja-Parole zur Ehe für alle und ebenso deutlich die Nein-Parole zur 99%-Initiative.

Knapp eineinhalb Jahre nach der letzten physischen Delegiertenversammlung trafen sich die Delegierten der FDP Schweiz wieder persönlich in Martigny VS um die Abstimmungen von September zu diskutieren. Parteipräsidentin Petra Gössi betonte bei ihrer Rede die Bedeutung der FDP als Volkspartei, die sich mit allen Themenbereichen befasst: «Antworten auf politische Fragen lassen sich am besten finden, wenn wir uns nicht scheuen, einen Ideenwettbewerb in Gang zu bringen. Wir als FDP haben es mehr als alle anderen Parteien in unserem liberalen Erbgut, diesen Ideenwettbewerb zu nutzen, um die Wähler wieder stärker für uns zu gewinnen.»

Ja zur Ehe für alle

Kern des Liberalismus ist die Überzeugung, dass alle Menschen ihr Leben so gestalten können, wie sie es für richtig halten. Dies gilt auch und insbesondere für das Privatleben. Die Ehe für alle ist ein wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Paare. FDP-Nationalrat Damien Cottier als Befürworter sowie SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor, Mitglied des Referendumskomitees, präsentierten der DV die Argumente. Schliesslich unterstützten die Delegierten diese liberale und progressive Vorlage deutlich mit 211 Ja zu 21 Nein bei 21 Enthaltungen.

Nein zur 99%-Initiative

Die Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative) wurde von der Juso lanciert und fordert, dass die Kapitaleinkommen ab einem gewissen Schwellenwert eineinhalbmal so stark zu besteuern seien wie Lohneinkommen. Die Annahme der 99%-Initiative würde eine

Traktandiert waren Parolenfassungen und Informationen zu den Themen Altersvorsorge & Gesundheit.

Parteipräsidentin Petra Gössi begrüsste die Delegierten im Wallis.

Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, diskutiert engagiert.

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nutzte die Gelegenheit für eine persönliche Botschaft.

Florian Piasenta, Präsident FDP Wallis, fungierte als Gastgeber.

Persönliche Begegnungen standen im Zentrum.

Nationalrat Damien Cottier weibelte für die Ehe für alle.

Generalsekretärin Fanny Noghero verabschiedete Kampagnenleiter Marcel Schuler.

massiv höhere Steuerlast für Investoren, Unternehmer, Sparer und Gutverdienende bedeuten und der Attraktivität des Standorts Schweiz schaden. Die Folgen wären schrumpfende Investitionen sowie weniger Innovation und Unternehmergeist. Die Delegierten der FDP Schweiz haben die gravierenden Mängel dieser Initiative erkannt und fassten nach einer Debatte zwischen Juso-Präsidentin Ronja Jansen und Nicolas Jutzet, Vizepräsident der Jungfreisinnigen, die Nein-Parole mit 2 Ja : 242 Nein : 6 Enthaltungen. Die nächste Delegiertenversammlung findet am 2. Oktober in Biel statt.

Nicolas Jutzet, Jungreisinnige, debattierte mit Juso-Präsidentin Ronja Jansen.

Nationalrätin Isabelle Moret gab den Medien Auskunft.

Der Freisinn vom September 2001 atmet Zeitgeschichte.

20 Jahre Zeitreise

Der Freisinn im September 2001

Vor 20 Jahren waren Farbfotos noch deutlich weniger verbreitet.

Der Freisinn, der vor 20 Jahren erschien, befasste sich mit Steuerthemen, dem UNO-Beitritt und Basel. Ein Blick ins Archiv offenbart, was die Schweiz und die FDP damals bewegte.

Noch bevor islamistische Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen und die Welt erschütterten, erschien die September-Ausgabe des Schweizer Freisinns. Die Aufmacherstory war ein Text des damaligen Zürcher Nationalrats Rolf Hegetschweiler über die Grundstückgewinnsteuer. Mit präzisen Argumenten seziert er die Unsinnigkeit dieser Steuer und fordert deren Abschaffung. 20 Jahre später stellen wir fest, dass Hegetschweilers Bemühungen nicht gefruchtet haben. Die Grundstückgewinnsteuer ist auch heute noch in allen Kantonen in Kraft. Bedingte Ausnahme ist der Kanton Genf, wo die Grundstückgewinnsteuer entfällt, wenn zwischen Kauf und Verkauf eines Grundstücks 25 Jahre liegen. Erfolgreicher war das Engagement der FDP gegen die Volksinitiative «Für eine Kapitalgewinnsteuer». Der Freisinn blickte auf die DV in Herisau zurück, an der die Nein-Parole gefasst wurde. Die Abstimmung im Dezember 2001 wurde schliesslich mit 67% Nein-Stimmen klar gewonnen.

UNO und Basel-Stadt

Der Blick in den Freisinn vom September 2001 zeigt auch, was die Schweizer Politik damals bewegte. So zum Beispiel die Frage des UNO-Beitritts der Schweiz. Im Freisinn erläuterte der Aargauer Nationalrat Ulrich Fischer, weshalb ein UNO-Beitritt der Schweiz die Neutralität nicht verletzten würden. Auch in dieser Frage folgte die Schweizer Bevölkerung ein halbes Jahr später der Position der FDP und sagte Ja zum UNO-Beitritt der Schweiz.

Ein grosses Thema war auch Basel-Stadt und zwar gleich zweimal. Zum einen feierte Basel-Stadt im 2001 500-jährige Mitgliedschaft in der Eidgenossenschaft. Dazu verfasste der Basler Freisinnige Markus Grolimund eine Rückschau und erklärte, weshalb sich die neue Verfassung des Stadtkantons verspätet. Aus Sicht der Basler FDP noch fast wichtiger, war der «Beitritt» zum Schweizer Freisinn. Die Kantonalpartei entschied sich demnach aus ökonomischen und ökologischen Gründen dafür, auf den Schweizer Freisinn zu setzen. Auch 20 Jahre später erscheint der Basler Freisinn immer noch mit einem kantonalen Teil und Inhalten aus dem Schweizer Freisinn. Wer durch den Freisinn aus dem September 2001 blättert, erkennt direkte Linien von damaligen politischen Diskussionen zu heute, wie beispielsweise der Mutterschaftsurlaub zu den aktuellen Elternzeit-Forderungen. Daneben gibt es auch Themen, die nahezu unverändert immer noch aktuell sind, sei es in der Schweizer Politlandschaft oder innerhalb der FDP.

Marco Wölfli

Scannen Sie den QR-Code mit der Kamera Ihres Smartphones und lesen Sie die ganze Freisinn-Ausgabe vom September 2001.

Gewichtige Entscheide im Dauertakt

Vorschau auf die Herbstsession

Die Herbstsession findet vom 13. September bis zum 1. Oktober statt.

Die Fülle an gewichtigen Geschäften in der Herbstsession zeigt den enormen Handlungsbedarf in diversen politischen Brennpunkten von der Vorsorge über die Klimapolitik bis zu diversen zentralen Entscheiden, die für den Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung sind. Die FDP-Liberale-Fraktion wird auch in dieser Session an vorderster Front dafür kämpfen, dass diese wichtigen Reformen zum Erfolg geführt werden.

Nach der ersten Beratungsrunde der AHV21 in beiden Räten, geht es nun in dieser Session an die dringliche Differenzbereinigung; denn die Zeit drängt. Zentral wird dabei sein, dass sich die bürgerlichen Parteien in beiden Räten auf eine gemeinsame Lösung für die Ausgleichsmassnahmen für die Angleichung des Frauenrentenalters einigen: Sie sollen vor allem Frauen mit tiefsten Einkommen zugute kommen, die finanziellen Verbesserungen der AHV-Umlagerechnung aber auch nicht gleich wieder zunichte machen.

Konstruktive Europapolitik

Nach dem Abbruch der Verhandlungen zum Rahmenabkommen hat sich die europapolitische Ausgangslage für die Schweiz markant verändert. Um für die Zukunft der bilateralen Beziehungen mit der EU eine positive Grundlage zu schaffen, will der Bundesrat rasch die Deblockierung des zweiten Schweizer Kohäsionsbeitrags (jährlich ca. 120 Mio. (nicht trennen)Franken, über zehn Jahre) an Projekte in ausgewählten EU-Mitgliedstaaten vorantreiben. Darum soll in der Herbstsession die Vorlage im dringlichen Verfahren behandelt werden. Die FDP befürwortet diesen Ansatz. Die Freigabe ist die logische Weiterführung der von BR Cassis eingeleiteten, proaktiven Massnahmen, um den Beziehungen mit der EU neue, konstruktive Impulse zu geben.

Klimaschutz fortführen

Wie beim Rahmenabkommen steht die Schweiz auch bei der Klimapolitik vor einer neuen Ausgangslage, nachdem die Volksabstimmung zum neuen CO_2-Gesetz abgelehnt wurde. Dank der FDP konnte aber bereits rasch eine Übergangsgesetzgebung erarbeitet werden, die die heutigen, unbestrittenen Massnahmen weiterführt. Das ist zwingend, um eine Gesetzeslücke und umweltpolitische Rückschritte zu verhindern, und den Klimaschutz in der Schweiz fortzuführen.

Wirtschaftsfreundlichkeit ist gefragt

Ein ganzes Bündel an unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Reformen, die alle auf langjährige FDP-Forderungen zurückgehen, ist in beiden Räten in der Herbstsession traktandiert. Dieses umfasst u. a. die Abschaffung der Industriezölle, die Abschaffung einer weiteren Stempelabgabe und die Abschaffung der Verrechnungssteuer auf inländischen Zinsen. Ob diese Massnahmen für eine Reduktion der Abgabenlast und zugunsten eines attraktiven Unternehmensstandortes tatsächlich Mehrheiten finden, ist aber leider alles andere als klar. Umso mehr sind nebst der FDP alle bürgerlichen Parteien gefordert, den wirtschaftspolitischen Tatbeweis zu liefern und die Rahmenbedingungen gerade im Wiederaufbau nach der Corona-Krise mit konkreten Massnahmen tatsächlich zu verbessern.

Beat Walti
Fraktionspräsident und Nationalrat ZH

Der Luzerner Ständerat Damian Müller engagiert sich gegen die 99%-Initiative.
Foto: Désirée Dittes

Nein zum Frontalangriff auf das Unternehmertum

Setzen wir ein Zeichen gegen den linken Klassenkampf

Die Jungsozialisten attackieren mit ihrer neuesten Initiative einmal mehr erfolgreiche Schweizer Firmen. Wir müssen diesem ideologisch motivierten Klassenkampf entschieden entgegentreten. Denn unsere KMU sind keine Abzocker, sondern sorgen für hochwertige Produkte und Dienstleistungen, bieten Arbeitsplätze und tätigen Investitionen.

Wieder einmal skandieren die Jungsozialisten (Juso) den Klassenkampf. Wieder einmal bedient sich die Linke der immer gleichen Klischees und behauptet keck, es sei doch genügend Geld da für ihre Begehrlichkeiten. Nur: Dieses Geld ist nicht einfach da, sondern es gehört jemandem. Wollen wir wirklich der Enteignung von privaten Vermögen und massiver staatlicher Umverteilung zustimmen? Bereits mehrere Male haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Ansinnen der Juso an der Urne eine Abfuhr erteilt. Doch das hält diese nicht von immer neuen Forderungen ab. Diesmal behaupten die Initianten, dass nur ein Prozent der Bevölkerung von ihren Begehrlichkeiten betroffen wäre. Das ist schlicht falsch: Auch Hauseigentümerinnen und -eigentümer, Kleinsparer, Landwirte sowie Start-ups und Unternehmer müssten nach dem Willen der Juso substanziell mehr Steuern bezahlen. Die Initiative verlangt nämlich, dass Kapitalerträge immer zu 100 Prozent als Einkommen zu versteuern sind. Wer eine Aktie mit etwas Gewinn verkauft, erzielt eine Erhöhung seines steuerbaren Einkommens. Wer das im grösseren Rahmen tut und den Schwellenwert von 100 000 Franken erreicht, müsste auf jeden gewinnbringend erwirtschafteten Franken einen fiktiven Steuerbetrag in der Höhe von 50 Prozent zahlen.

Kapital wird bereits heute vierfach besteuert

Besonders unehrlich ist, dass die Initianten so tun, als würden solche Erträge nicht schon heute massiv besteuert. Es gibt in der Schweiz bereits eine vierfache Besteuerung von Kapital: Kapitalsteuern, Gewinnsteuern, Einkommensteuern auf Dividenden sowie die Vermögenssteuer. Das ist im Vergleich der Industrieländer eine überdurchschnittlich starke Besteuerung von Kapitaleinkommen. Vom sogenannten «Steuerdumping», von dem die Initiantinnen und Initianten ständig reden, also keine Spur.

Insbesondere KMU wären von der 99%-Initiative stark betroffen. Wer persönliches Vermögen in einem Betrieb gebunden hat, würde zur Kasse gebeten. Zusätzlich zur Vermögens- und Gewinnsteuer müssten dann auch Dividenden zu 100 Prozent oder gar 150 Prozent besteuert werden. Das trifft alle Firmeninhaberinnen und -inhaber, die mehr als 10 Prozent am eigenen Betrieb halten. Im Gegensatz zu den Vorstellungen der Initianten sind dies aber nicht in erster Linie Menschen mit Milliardenunternehmen, sondern vorab KMU wie Präzisionswerkzeughersteller, Schreinereien oder Landwirtschaftsbetriebe. Wer erfolgreich wirtschaftet, müsste auf seine Dividenden statt 70 Prozent neu bis zu 150 Prozent Steuern zahlen. Dieses Geld fehlt dann logischerweise im Betrieb und schwächt die Innovationsfähigkeit empfindlich.

Zum Klumpenrisiko würde auch jede Betriebsübergabe. Die Nachfolgefrage in Familienunternehmen ist bereits heute ein Knackpunkt. Da jedes erfolgreiche Unternehmen im Laufe einer Generation an Wert gewinnt, würde die zusätzliche Besteuerung entweder weniger Erlös oder einen höheren Kaufbetrag bedeuten. Denn künftig würde die erzielte Wertsteigerung bis zu 150 Prozent als Einkommen besteuert. So ist diese Initiative höchst wirtschaftsfeindlich, weil sie den Kern des Unternehmertums angreift und die Substanz von Firmen schwächt. Die Initianten zielen angeblich nur auf das reichste ein Prozent ab – in Wahrheit würden aber alle zur Kasse gebeten, die erfolgreich wirtschaften. Deshalb ist es wichtig, am 26. September ein deutliches Zeichen gegen den Klassenkampf zu setzen und die Initiative zu versenken.

Damian Müller, Ständerat LU

Bundesrätin Karin Keller-Sutter sprach an der Delegiertenversammlung in Martigny auch über die Ehe für alle.
Foto: Désirée Dittes

«Es ist nicht am Staat, Sitten zu diktieren»

Justizministerin zur Ehe für alle

Bundesrätin Karin Keller-Sutter nennt im Interview mit dem Freisinn die Gründe für ein Ja am 26. September 2021 zur Vorlage Ehe für alle.

Die Zahl der Eheschliessungen in der Schweiz nimmt seit 2010 tendenziell ab. Wieso braucht es die Ehe für alle noch? Es waren in den 70er-Jahren auch schon weniger Hochzeiten. Interessant ist doch, dass diese Zahl in der Schweiz verhältnismässig stabil ist: Die Ehe bleibt populär, auch wenn wir heute auch andere Formen des Zusammenlebens kennen. Zwei Frauen oder zwei Männer können etwa eine eingetragene Partnerschaft eingehen. Diese ist der Ehe aber nicht gleichgestellt. Sie hat nicht die gleiche Symbolik und es bestehen nach wie vor auch rechtliche Unterschiede, etwa bei der Adoption von Kindern, beim Zugang zur Fortpflanzungsmedizin sowie bei der Einbürgerung.

Ist die Ehe für alle mit der Verfassung vereinbar? Die Frage ist legitim, weil es dazu unterschiedliche Meinungen gibt. Sowohl der Bundesrat als auch das Parlament haben sich mit dieser Frage intensiv auseinandergesetzt: Gutachten wurden eingeholt und Experten angehört. Beide sind zum Schluss gekommen, dass eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare keine Verfassungsänderung erfordert. Die Verfassung definiert die Ehe nicht als Verbindung zwischen Frau und Mann.

Viele sagen, ein Kind brauche Mutter und Vater. Mit der Ehe für alle wäre dies erstmals anders. Nein, das wäre nichts Neues. In der Schweiz werden 40 Prozent der Ehen geschieden. 20 Prozent der Kinder leben heute in nicht-klassischen Familien. Jedes siebte Kind wächst bei nur einem Elternteil auf. Bereits heute ist für Paare in eingetragener Partnerschaft die Stiefkindadoption möglich. Kinder brauchen zuallererst verlässliche Beziehungen zu Menschen, die sie begleiten und ihnen ein Umfeld bieten, in dem sie Liebe und Geborgenheit erfahren können.

Die Gegner monieren, dass die Ehe für alle der Zwischenschritt zur Zulassung der Eizellenspende und Leihmutterschaft ist. Stimmt das? Nein, es sind hier keine weiteren Anpassungen vorgesehen. Die anonyme Samenspende und die Eizellenspende bleiben für alle Paare verboten, das Verbot der Leihmutterschaft steht sogar in der Verfassung. Damit haben alle Ehepaare, auch gleichgeschlechtliche, im Bereich der Fortpflanzungsmedizin die gleichen Rechte.

Mit der Öffnung der Samenspende wissen Kinder von zwei Frauen nicht mehr, wer der Vater ist. Kinder haben ein Recht zu wissen, wo sie herkommen, das ist sogar in der Verfassung verankert. Das ist mir sehr wichtig. Darauf hat auch der Bundesrat in den parlamentarischen Beratungen gepocht. Der Ständerat hat dann eine gute Lösung gefunden, die dieses Recht sicherstellt: Bei der gesetzlich geregelten Samenspende von verheirateten Frauenpaaren wird jede Spende registriert. Jedes Kind kann mit 18 Jahren Einsicht in dieses Register verlangen. Anonyme Samenspenden bleiben in der Schweiz hingegen zu Recht verboten.

Die Schweiz gehört in Westeuropa zu den letzten Ländern, die die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Wie kommt das? Ich bin der liberalen Überzeugung, dass der Wandel aus der Gesellschaft kommen muss. Wenn der Wandel reif ist, dann folgt die staatliche Gesetzgebung. Es ist nicht am Staat, Verhaltensweisen und Sitten zu diktieren. Die Forderung nach der Ehe für alle ist in der Gesellschaft gewachsen. Wir sehen, dass sie in dieser Frage heute viel offener ist als noch vor einigen Jahren.

Weshalb ist die Ehe für alle ein typisch freisinniges Anliegen? Am Ende ist die zivile Ehe ein Vertrag zwischen zwei Menschen, die sich lieben. Der Staat soll private Beziehungen nicht werten und den Menschen also auch nicht vorschreiben, wie sie ihr Paar- und Familienleben zu gestalten haben. Es gibt keinen Grund, diesen Vertrag nicht allen anzubieten. Der Staat lässt damit allen die Wahlfreiheit. Für die Ehe zwischen Frau und Mann ändert sich zudem nichts, es entsteht niemandem ein Nachteil. Ich finde, das ist eine liberale Kernforderung.

Sie sind seit 32 Jahren verheiratet. Würden Sie im Fall eines Ja zur Ehe für alle gleichgeschlechtlichen Paaren die Heirat empfehlen? Es ist nicht an mir als Bundesrätin, Ratschläge in Ehefragen zu erteilen, und schon gar nicht als Liberale (lacht). Jedes Paar soll die Form des Zusammenlebens selbst bestimmen. Ich kann nur für mich selbst reden: Die Heirat war für mich nie einfach eine juristische Sache, sondern eine Liebesheirat. Mir war auch die Symbolik wichtig.

«Wenn der gesellschaftliche Wandel reif ist, folgt die staatliche Gesetzgebung.»

Interview: Mario Epp

Der Neubau von Lehner Versand wird nächstes Jahr fertiggestellt.

Pakete und Fotovoltaik

Lehner Versand in Schenkon

Thomas Meier führt das Handelsunternehmen Lehner Versand und politisiert für die FDP im Luzerner Kantonsrat. Er setzt auf nachhaltige Lösungen, die auf Freiwilligkeit beruhen.

Onlinehändler gehörten in den letzten Monaten zu den grossen Gewinnern. Aufgrund geschlossener Läden und Grenzen boomte der Einkauf im Internet. Davon profitieren nicht nur grosse Anbieter, sondern auch kleinere Händler wie beispielsweise Lehner Versand. Wobei das Familienunternehmen mit Sitz im luzernischen Schenkon als Omnichannel-Anbieter fungiert und auch über neun stationäre Läden in der ganzen Schweiz verfügt. Thomas Meier ist seit zwölf Jahren Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand und hat das Unternehmen seither deutlich vergrössert. Mittlerweile verschickt das Unternehmen rund 1 Mio. Pakete von seinem Verteilzentrum in Schenkon in die ganze Schweiz. Zum Angebot gehören insbesondere Kleider, Bettwaren und Haushaltartikel. Die 320 Mitarbeiter erwirtschaften mittlerweile rund 100 Mio. Umsatz, und Lehner Versand hat noch Grosses vor.

Neubau bald in Betrieb

Derzeit entsteht auf dem Areal entlang der Autobahn A2 ein 30 Meter hohes Hochregallager, das das Wachstum auffangen soll. Der Neubau, der nächstes Jahr in Betrieb gehen soll, besticht nicht nur durch seine Grösse, sondern auch durch eine einzigartige Fassade aus Fotovoltaik-Panels. Eine solche Installation gibt es bisher in der Schweiz nicht und unterstreicht die Ambitionen von Lehner Versand, Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Thomas Meier setzt seit langem auf Innovationen, die sein Unternehmen nachhaltiger machen, wobei die Massnahmen sinnvoll sein müssen. «Wir rechnen alles durch und setzen es um, wenn es sich lohnt», so Meier. Bereits auf dem aktuellen Gebäude verfügt Lehner Versand über eine Photovoltaik-Anlage, die Strom für 54 Haushalte produziert. Auch bei der Mobilität setzt Lehner Versand auf umweltfreundliche Lösungen. Auf der letzten Meile werden die Pakete mit Elektrofahrzeugen transportiert. Zudem steht am Hauptsitz in Schenkon für Kunden und Mitarbeiter eine E-Tankstelle zur Verfügung. Bei deren Installation war sie die erste E-Tankstelle in der Zentralschweiz. Geheizt werden die Gebäude von Lehner Versand mit einer Grundwasserpumpe, womit sich das Unternehmen den jährlichen Einkauf von 40 000 Litern Heizöl sparte.

Nachhaltigkeit durch das Steuergesetz

Für Meier sind umweltfreundliche Massnahmen sinnvoll, wenn sie auf Freiwilligkeit basieren und einen konkreten Nutzen bringen. Diese Haltung vertritt er auch im Luzerner Kantonsrat, wo er seit gut zwei Jahren für die FDP politisiert. Im Kantonsparlament hat er sich auf Vorstösse in den Bereichen Ökologie und Nachhaltigkeit spezialisiert. Für Meier bietet zum Beispiel das Steuerrecht Möglichkeiten für ökologische Massnahmen. So kann heute eine Wärmedämmung eines Gebäudes nur zu 50% von den Steuern abgezogen werden, ein herkömmlicher Pinselanstrich dagegen zu 100%. Ebenfalls setzt sich Meier dafür ein, dass bei der Nutzung von Grundwasser zu thermischen Zwecken keine Konzessionsgebühren mehr anfallen. Damit sollen Anreize zum Umstieg von Ölheizungen zu umweltfreundlichen Heizsystemen geschaffen werden. Der Luzerner Unternehmer wird sich auch künftig bei Lehner Versand und in der Politik für nachhaltige Lösungen einsetzen und damit aufzeigen, dass wirtschaftliches Handeln nicht im Widerspruch zu Umweltfreundlichkeit stehen muss.

Marco Wölfli

Die Fotovoltaik-Anlage produziert Strom für 54 Haushalte.

Thomas Meier ist Geschäftsführer und Mitinhaber von Lehner Versand.

Lehner Versand verschickt rund 1 Mio. Pakete pro Jahr.

Der lange Kampf für die Ehe für alle steht kurz vor dem Ziel.

Gleiche Rechte für alle!

«Love is liberal»

Wir stehen vor einem historischen Entscheid: Am 26. September stimmt das Volk über die Ehe für alle ab. Die Gegner wollen, dass die Ehe Mann und Frau vorbehalten bleibt. Die Befürworter orten darin Diskriminierung.

Kritiker der gleichgeschlechtlichen Ehe argumentieren, dass die Ehe als Union zwischen Mann und Frau definiert ist. Dies zu ändern, würde der Natur widersprechen und sowohl die Institution Ehe als auch deren Rolle in der Gesellschaft untergraben. Eine Legalisierung würde die Fortpflanzung als zentrale Aufgabe der Ehe ignorieren. Dabei gibt es gewichtige Gründe, die für die Vorlage sprechen.

Gleichberechtigung

Befürworter argumentieren, dass Gleichberechtigung auch wirklich Gleichberechtigung bedeuten muss. Eine zivilisierte Gesellschaft diskriminiert nicht aufgrund von Rasse, Religion, Geschlecht oder Sexualität und die Aberkennung des Rechts zu heiraten, ist eindeutig Diskriminierung. Schwule und heterosexuelle Paare verdienen beide die Rechte, die mit einer Ehe verbunden sind – beispielsweise in Bezug auf Steuern, Eigentum, Erbe und Adoption. Egal wie man es ausdrückt, die Ablehnung von gleichen Rechten für Schwule und Lesben ist Homophobie.

Die Ehe funktioniert

Die Ehe ist eine erfolgreiche Institution und es macht Sinn, sie für so viele wie möglich zu erlauben. Seit dem Beginn der Geschichte, haben sich Paare in Liebe durch die Ehe miteinander verbunden. Diese Möglichkeit auf alle zu übertragen, wird unsere Gesellschaft weiter stärken. Eine Legalisierung ist nur die Anerkennung der Realität: Es gibt homosexuelle Menschen, die sich lieben und die sich einander verschreiben wollen, genauso wie heterosexuelle Menschen.

Wahlfreiheit

Der Staat sollte nichts darin zu sagen haben, wie erwachsene Menschen ihr Leben führen wollen. Wenn zwei Menschen sich lieben und heiraten möchten, dann sollte ihnen das erlaubt sein, egal welche Hautfarbe, Religion, Nationalität oder Geschlecht sie haben. Liebe und Ehe sollte eine rein persönliche Wahl sein. Wenn sich Regierungen in die Privatangelegenheiten der Menschen einmischen, vorschreiben wen sie heiraten können, dann sind individuelle Freiheiten in Gefahr, und das kann gefährliche Auswirkungen haben.

Das Schweizer Parlament hat am 18. Dezember 2020 mit grosser Mehrheit entschieden, dass die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden soll.

Diese Gesetzesänderung – die «Ehe für alle» – ist ein wichtiger und längst überfälliger Schritt in Richtung Gleichstellung von homo- und bisexuellen Paaren mit heterosexuellen Paaren in der Schweiz. Es ist höchste Zeit, dem gesellschaftlichen Wandel Taten folgen zu lassen. Wir kämpfen für ein Ja zur Liebe am 26. September! Hilfst du uns dabei?

Arbela Statovci
Co-Präsidentin FDP Wallisellen

Philipp Gasser (rechts) mit Sven Marti, Wahlkampf- und Netzwerkleiter an der DV in Martigny.
Foto: Désirée Dittes

Einsiedler im «People's Business» Politik

Gelebte Eigenverantwortung im FDP-Praktikum

Im Oktober 2020 trat Philipp Gasser sein Praktikum bei der FDP.Die Liberalen im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» an. Mitte September endet es nun nach knapp einem Jahr. Ein Rückblick über seinen Weg zum Generalsekretariat der Partei, die vielfältigen Tätigkeiten, den Teamspirit und was die Werte der FDP damit zu tun haben.

Die Faszination und Freude an der (Schweizer) Politik fand ich vergleichsweise spät. War ich doch an der Stiftsschule Einsiedeln mit Latein und Biochemie gut bedient. Aber nach der Matura sah ich mich weder als Lehrer in einem Schulzimmer noch als Forscher in einem Labor stehen – zu statisch und «langweilig» erschien mir diese Vorstellung. Meine Interessen galten einem dynamischen und interdisziplinären Beruf, der Tagesaktualitäten berücksichtigt und manchmal auch Unvorhersehbares beinhaltet. Darum entschloss ich mich schlussendlich für ein Studium der Kommunikationswissenschaften und Politologie an der Universität Zürich. Parallel entwickelte sich mein Interesse für die FDP. Je mehr ich in Diskussionen über Parteien und Positionen verstrickt wurde, desto mehr fühlte ich mich zu den Freisinnigen hingezogen. So lag es nahe, dass ich mich für ein Praktikum im Team «Wahlkampf und Parteinetzwerk» entschieden habe.

Freiheit, Eigenverantwortung, Corona

In einem Beruf, bei dem die Zusammenarbeit mit anderen Menschen elementar ist, ist der Einstieg während der Corona-Pandemie – wo viele im Homeoffice verweilen – kompliziert. Einige Gesichter sah man erst nach Wochen persönlich und nicht mehr über den Bildschirm. Die erschwerte Situation änderte jedoch nichts an der Offenheit und Freundlichkeit, die mir entgegengebracht wurden.

Neben Unterstützung erhielt man auch Freiheiten und Eigenverantwortung, was die Selbstständigkeit zusätzlich förderte. Bereits nach kurzer Zeit organisierte ich digitale Stammtische, verfasste Newsletter und Infomails oder arbeitete mit den Kantonalparteien bei den unterschiedlichsten Projekten zusammen. Stets mit der Freiheit, eigene Ideen und Prägungen einzubringen.

Die fortschrittliche blaue Linie

Meine spannendsten Tätigkeiten kamen mit der Lancierung der Plattform Blueprints.ch. Auf der Plattform für freisinnige Umweltpolitik, werden Vorstösse, Aktionen und Videos von Freisinnigen über alle föderalen Ebenen gesammelt und als Ideenpool genutzt. Ich befasste mich mit dem Design und der Nutzerfreundlichkeit der Website, der Kommunikation mit den Kantonal- und Ortsparteien, besuchte KMU in der ganzen Schweiz und recherchierte im Bundesarchiv. Das Highlight war die Planung und Durchführung eines Videoprojekts mit den nationalen Parlamentariern über mehrere Tage im Bundeshaus. Spätestens jetzt wusste ich, wie umfangreich und interdisziplinär die politische Arbeit ist. Der persönliche (Lern-) Fortschritt, welchen ich aus diesen Arbeiten ziehen konnte, war enorm.

Die gemeinsinnige Familie

Interdisziplinär arbeiten erfordert gezwungenermassen die Zusammenarbeit mit den anderen Teams im Generalsekretariat. Was nach einem potenziellen Brandherd klingt, war und ist immer noch das, was ich am meisten schätzen gelernt habe: die Zusammenarbeit, der Teamspirit, der Gemeinsinn. Man wird nicht als «der Praktikant» abgestempelt, sondern begegnet sich von Beginn an auf Augenhöhe und eigene Inputs und Ideen werden aufmerksam angehört. Nach einem strengen und hektischen Politalltag kommt auch der Spass und das Zwischenmenschliche nicht zu kurz.

Jetzt geht es erst richtig los

Freiheit, Fortschritt, Gemeinsinn – dies sind die drei freisinnigen und liberalen Werte der FDP. Dass diese nicht nur leere Worthülsen sind, sondern gelebt werden, das habe ich in meiner Zeit als Praktikant im Generalsekretariat erkannt. Und auch wenn mein Praktikum vorbei ist, bleibe ich der FDP erhalten. Ich habe meine Chance gepackt und beginne ab Mitte September meine Festanstellung als Campaigner und Mitarbeiter im Team Wahlkampf.

Philipp Gasser

Wir suchen regelmässig neue Talente für das Generalsekretariat. Unter **www.fdp.ch/aktuell/stellenangebote** finden Sie die aktuell ausgeschriebenen Stellen.

Parolenspiegel

für die nächsten eidgenössischen Volksabstimmungen

NEIN

Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» (99%-Initiative)

JA

Ehe für alle

AGENDA

2. Oktober 2021
Delegiertenversammlung, Biel

Einladung zum Fachreferat

«Die nationale Sicherheit der Schweiz in einer instabilen Welt»

Peter Regli
Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisionär a. D.,
ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes,
Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

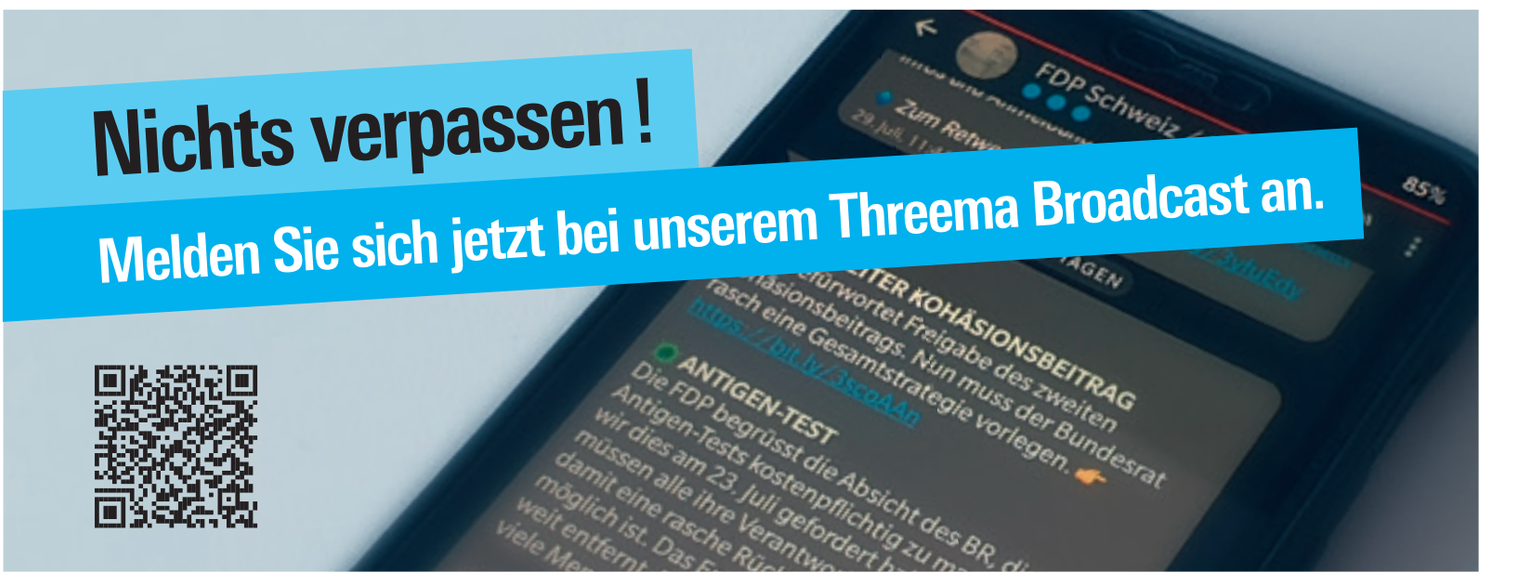
-> Donnerstag, 14. Oktober 2021, in Bern
Kaserne, Auditorium, Papiermühlestr. 13+15, 3000 Bern 22
(im Navigationssytem eingeben: Kasernenstrasse 27), oder
per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse -> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

-> Donnerstag, 21. Oktober 2021, in Zürich
Mehrzweckhalle Stiftung zum Glockenhaus (neben dem Hotel Glockenhof), Sihlstrasse 33, 8001 Zürich

-> Beginn jeweils:
18.45 Uhr Apéro
19.30 Uhr Referat
Keine Anmeldung notwendig.

Jetzt Masken bestellen

Schutzmasken sind momentan unverzichtbare Begleiter. Bei der FDP können zertifizierte Stoffmasken mit der Aufschrift «Freiheit und Verantwortung» in den Grössen M und L bestellt werden. Ebenfalls möglich ist die französische Beschriftung «Libre et Responsable». Eine Maske kostet Fr. 7.– plus Versandkosten und lässt sich unter www.fdp.ch/shop bestellen oder einfach den QR-Code mit der Handykamera scannen.



ACHTUNG BÖSE ÜBERRASCHUNG!
NEIN
ZUR STEUER-INITIATIVE
FDP
Die Liberalen
zukunft-sichern.ch